

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für das umfangreiche Werk bedanken. Es ist offensichtlich, dass in dem Haushaltsplan viel Arbeit steckt.

Der Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ohne ihr Engagement wäre ein ausgeglichener Ergebnishaushalt nicht möglich.

Ein Gemeinwesen funktioniert nur, wenn alle ein Stück zum Gelingen beitragen. Daher an dieser Stelle der Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Vereinen, in Verbänden, alleine ohne Institution im Rücken und in den Familien für Andere einsetzen. Der Staat könnte dieses freiwillige soziale Engagement nicht ersetzen.

Bei der Einbringung des Haushalts habe ich mich zunächst über die Rede der Bürgermeisterin gefreut. Das, was sie gesagt hat, teile ich alles. Insbesondere die Aufzählung der künftigen Herausforderungen war nahezu vollständig. Als dann allerdings klar war, dass die ganzen anstehenden Aufgaben gar nicht im Haushalt aufgenommen wurden, auch deren Finanzierung nicht, dachte ich, hier hat jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Bereits vor den Beschlüssen zu neuen Wohngebieten hatten wir eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit der Planung der Grundschulerweiterungen in Ronnenberg und Weetzen zu beginnen. Die Ortskernentwicklung in Ronnenberg wollten wir nicht auf die lange Bank schieben, wir wollten einen Einstieg in die Drittkraft bei der Kita-Betreuung.

Seit der Haushaltseinbringung hat sich dann aber erfreulicherweise vieles getan. In dem vorliegenden Haushalt und der Mittelfristplanung werden nun einvernehmlich die Investitionen für die notwendigen neuen Bauten für die Kitas, für die Erweiterung der Grundschulen einhergehend mit der Verlagerung der MCS Standort Ronnenberg, die Entwicklung der Ortskerngestaltungen in Ronnenberg und Empelde, die Drittkraft in den Kita, und einiges mehr abgebildet.

Für die kommenden Jahre kommt die Umsetzung zweier weiterer im Haushalt genannten Maßnahmenprogramme dazu, die aktuell in Vorbereitung sind.

Zum einen das Maßnahmenprogramm aus dem zu aktualisierten Landschaftsplan, welches angesichts des dringend notwendigen Artenschutzes immer wichtiger wird.

Zum anderen ein neues Maßnahmenprogramm zum Klimaschutz, welches lt.

Beschlusslage des Rates überfällig ist. Hier hat die Stadt die beschlossenen Ziele bisher verfehlt.

Neben den großen Brocken im Haushalt, wie die Schulplanung und die Drittkraft, haben wir im Beratungslauf weitere Punkte eingebracht, die sich nun in der Beschlussvorlage wiederfinden.

Hier ist die Einsparung von 17.000 Euro bei der Gestaltung eines Platzes in Benthe zu nennen, die Aufstellung weiterer Hundekotbehälter für 3.000 Euro, die Aufstockung des vierjährigen Sanierungsprogramms für Rad- und Gehwege um 127.000 Euro, das Vorziehen der Sanierung des Radweges zwischen Ronnenberg und Gehrden und der Umbau der Bushaltestellen zu barrierefreien in Höhe von zwei Mal 170.000 Euro im Planungszeitraum, von denen aber 85% von der Region und vom Land erstattet werden.

Wir sind somit durch die Nachträge sehr zufrieden mit diesem Haushalt in der Beziehung, dass er die heute erkennbaren notwendigen Investitionen beinhaltet, dass er Leuchttürme wie das neue Sozialberatungszentrum und die Drittkraft in den Kitas finanziert, im Übrigen beides Investitionen in die Zukunft.

Womit wir nicht zufrieden sein können, ist die finanzielle Lage der Stadt Ronnenberg, wenn man sie im Ganzen betrachtet.

Es gibt positive Seiten, wie die schwarze Null im Ergebnishaushalt. Das bedeutet, wir können z. Zt. noch die laufenden Ausgaben, die Zinsen und Abschreibungen für die Investitionen, also die Finanzierungskosten der Kredite aus den laufenden Einnahmen decken.

Auch die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung sieht eine positive Entwicklung vor. Wir haben die Liquiditätskredite in den letzten Jahren bereinigt auf 11 Mio. zurückführen können.

Die Haushalte der letzten Jahre haben besser als geplant abgeschlossen und auch dieses Jahr wird es voraussichtlich Minderausgaben durch nicht besetzte Stellen geben, was in diesem Fall aber nicht positiv ist.

Aber dieses Bild ist nur die halbe Wahrheit.

Auch als Freund der Haushaltsbetrachtung aus doppischer Sicht, muss man einen Blick auf die Gesamtschulden der Stadt und die Risiken werfen.

Die Stadt hat Ende 2018 noch 16 Mio., bereinigt 11 Mio, Liquiditätskredite, aus Defiziten in früheren Jahren. Es ist nicht gelungen, diese in den vielen guten Jahren zurück zuzahlen.

Auch die sogenannten guten Kredite, die Investitionskredite werden in nächster Zeit eine sehr bedenkliche Höhe annehmen. Ja, wir können uns z. Zt. die Rückzahlung dieser Kredite noch leisten, solange der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist.

Aber was passiert, wenn die Zinsen steigen, die Konjunktur und die Steuereinnahmen zurückgehen. Selbst bei der aktuell noch guten Konjunktur und Rekordsteuereinnahmen kann die Stadt lediglich einen Haushaltsplan aufstellen, der nur durch einmalige Grundstücksverkäufe ausgeglichen werden kann. Das ordentliche Ergebnis ohne diese Verkäufe beträgt 477.000 Euro Minus.

Die Gesamtkredite der Stadt liegen Ende 2018 über 69 Mio. Euro. Dieses sind 2.881 Euro Schulden je Einwohner. In den nächsten Jahren sind weitere Investitionen von über 30 Mio. geplant, so dass eine Überschreitung der 100 Mio. Schuldenmarke nicht unrealistisch ist

Ja, wir müssen als Erstes nach Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten suchen und wir brauchen auch zügig das neue Gewerbegebiet Ronnenberg Nord/ Ost. Aber diejenigen, die den Anschein erwecken, die Finanzsituation durch Einsparmöglichkeiten in relevanter Größenordnung verbessern zu können, machen den Einwohnerinnen und Einwohnern Ronnenberg etwas vor. Sie wissen, dass das nicht klappen kann und handeln nach dem Motto, vielleicht kann ich mich solange durchschummeln, dass meine Nachfolger sich unbeliebt machen müssen. Im besten Fall beschließt der Bund eine Grundsteuererhöhung, dann ist das zwar für die Bürgerinnen und Bürger vom Ergebnis das gleiche, aber der Bund ist dann der Böse und nicht der kommunale Abgeordnete.

Ja, man kann vielleicht kleinere Einsparungen finden, hier eine entbehrliche Stelle, dort 20.000 Euro, wenn man eine Leistung privatisiert oder 6.000 Euro aus einer Erhöhung der Eintrittspreise für das Freibad. Man kann und sollte mehr Geschwindigkeitskontrollen durchführen und man sollte die Wirtschaftsförderung verstärken. In der Realität haben alle hier vertretenen Parteien in der Summe aber Mehrausgaben für freiwillige Leistungen beschlossen, für die Aufstockung der Grünpflege um 226.000 Euro jährlich, für die Drittkraft in den Kitas um 400.000 Euro jährlich, für den Stadtarchivar eine zusätzliche halbe Stelle. All dies sind richtige Maßnahmen, ersparen uns zum Teil, wie bei den Kitas, zukünftige Kosten durch bessere Bildung, bringen aber aktuell keine Entlastung im Haushalt.

Ein paar Worte zu dem CDU- Vorschlag, Einsparungen durch nichtstädtische Kitas generieren zu wollen. Dieses wird nur funktionieren, wenn man dort untertarifliche Löhne ermöglicht und nicht auf der Drittkraft besteht, also Abstriche an der Qualität zulässt. Das muss man dann aber auch mit dem Vorschlag zusammen deutlich sagen. Sie wissen ganz genau, dass die Stadt den Drittbetreibern bisher 100% der Kosten erstattet, die sie selbst auch hat. Ich kann mich nicht erinnern, dass sie bei den bisherigen Verträgen z.B. nur 90% statt 100% Erstattung vereinbaren wollten.

Was bleibt also, wenn man schon über Jahre in der Verwaltung die Arbeit verdichtet und die Aufgaben erweitert hat und in den letzten Jahren keinen relevant großen Spielraum für Einsparungen finden konnte, zumindest keinen, der nicht am Ende teurer wird, wie Einsparungen bei der Bildung. Auch bei der Unterhaltung der Gebäude wird bereits jetzt etliches nach hinten geschoben.

Also entweder Kopf in den Sand stecken und nach dem Motto, nach mir die Sintflut, verfahren, sollen sich doch unsere Kinder damit abplagen oder wir sind gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern ehrlich und sagen, dass die zusätzlich nötigen Maßnahmen bezahlt werden müssen.

Das geht als Kommune in erster Linie über die Grundsteuer, die nicht dynamisiert ist, also nicht mit der Inflation oder der Einkommensentwicklung automatisch steigt, also relativ jedes Jahr sinkt.

Angesichts der beschriebenen Aufgaben und des strukturellen Defizits trotz guter Konjunktur hätten wir eine Anhebung für vertretbar gehalten. Was jetzt nicht bezahlt wird, werden die Bürgerinnen und Bürger in den Folgejahren zahlen müssen, nur dann vielleicht bei schwächerer Konjunktur, mehr Arbeitslosigkeit geringeren Renten und zusätzlich mit Zinsen.

Eine Steuererhöhung macht niemand gerne und ist kein Selbstzweck.

Die Angst des FDP Vertreters im letzten Jahr, man wolle Steuern erhöhen, um unnötige Mehrausgaben zu tätigen, war und ist weiterhin unbegründet. Die Mehrausgaben haben wir alle gemeinsam beschlossen und waren notwendig.

Wenn man nur mit dem Hinweis auf die anstehende Reform die Grundsteuerhöhe in Ronnenberg nicht diskutieren will, dann ist das eine Ausrede.

Natürlich kann und muss ggf. die Stadt ihre Hebesätze nach der Reform anpassen, um wieder auf die gewünschte Einnahmehöhe zu kommen. Verschiebungen wird es zwischen den einzelnen Haushalten geben, die Summe liegt aber im Belieben des Rates, der die Hebesätze frei wählen kann.

Ich bin gespannt, ob diejenigen, die heute aus sozialen Gründen eine Erhöhung der Grundsteuer ablehnen, dann im nächsten Jahr, falls es durch den Bundestagsbeschluss zur Neuberechnung zu Mehreinnahmen kommen sollte, beantragen werden, die Hebesätze zu senken.

Sozialer wird es nicht dadurch, dass der Bund eine Erhöhung beschließt und nicht der Rat.

Eine nach Jahren ohne Anhebung moderate Erhöhung um z.B. 10% würde für mich als Eigenheimbesitzer mit großem Grundstück z.B. 30 Euro im Jahr mehr bedeuten, für die Familie, denen ich eine 100 qm Wohnung vermietet habe, 14 Euro im Jahr. Die Grundsteuer ist keine Kopfsteuer, bei der alle das gleiche zahlen, die kommunale Infrastruktur wird auch von allen genutzt. Die Grundsteuer wird somit sozialer aufgeteilt als andere Nebenkosten oder z.B. die Mehrwertsteuer. Eine Steuersenkung für gut Verdienende durch die Abschaffung des Solis für die oberen 10% ohne aufkommensneutrale Einkommenssteuerverhöhung an der Spitze ist sogar das Gegenteil von Sozial.

Was wir heute im Vergleich zu der beispielhaft aufgezeigten Grundsteuererhöhung von 14 Euro pro Haushalt beschließen, ist dagegen eine Nettoneuverschuldung von 415 Euro pro Person, die dann später erst von den Haushalten bezahlt werden muss.

Das halte ich auch nicht gerade für sozial.

Im Haushalt enthalten ist eine Nettoneuverschuldung von 10 Mio. Euro und damit ein Zuwachs der Gesamtschulden Ronnenbergs alleine in diesem einem Jahr um 14,4% und

dass, obwohl die Schulden für die beiden neuen Schulbauten noch gar nicht enthalten sind.

Die GRÜNEN werden zwar dem vorliegenden Haushaltsplan, der unsere Forderungen zu den künftigen Investitionen und Leistungsverbesserungen abbildet, zustimmen. Wir werden uns aber weiterhin dafür einsetzen, dass dieses nicht zu Lasten zukünftiger Generationen geschieht. Diese haben mit dem, was wir ihnen hinterlassen, schon genügend auszubaden, wie die Sanierungsnotwendigkeiten von Brücken und Schienen, die Finanzierung zukünftig steigender Rentnerzahlen, Mehrbedarfe für Bildung, Inklusion und Integration und die Menschheitsfragen, wie das Artensterben und vor allem den Klimawandel.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit